

## **National-sozial oder national-neoliberal? Zum Rentenparteitag der AfD am 25. und 26. April 2020**

Dirk Schwarzer (März 2020)

*Seit längerer Zeit gibt es in der AfD eine Auseinandersetzung um die sozialpolitische Ausrichtung der Partei. Im Mittelpunkt steht dabei die Rentenpolitik. Insbesondere wegen der Wahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Herbst 2019, wurde ein Sozialparteitag immer wieder verschoben. Der Bundesparteitag am 25. und 26. April in Offenburg soll nun eine Klärung herbeiführen.*

### **Die wirtschafts- und nationalliberalen Ursprünge der AfD**

Die AfD begann als eine Partei, die u.a. nationalkonservative und national-neoliberale Standpunkte verbinden konnte. Die National-neoliberalen fordern Kürzungen der sozialen Haushalte, Steuererleichterungen für Unternehmen, Wohlhabende und Reiche, sowie Privatisierungen und andere Maßnahmen auf Kosten von abhängig Beschäftigten, Rentner\*innen und Bezieher\*innen staatlicher Leistungen. Das entspricht den wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die vor allem in der Anfangszeit die Partei besonders stark geprägt haben, wie Selbstständige und Familienunternehmer. Diese stehen dem Sozialstaat oft ablehnend gegenüber, fordern aber Schutz vom Staat vor internationaler Konkurrenz.

In diesem Sinne wurde das Grundsatzprogramm der Partei von 2016 ausgerichtet.

Im Entwurf des Programms waren zunächst sehr weitreichende Forderungen nach einer Abschaffung der sozialen Sicherungssysteme und des Mindestlohns sowie der Erhöhung des Renteneintrittsalters vorgesehen. Durch Intervention des nationalkonservativen und völkischen Flügels wurden diese dann abgeschwächt. Gleichwohl ist das Programm stark national-neoliberal geprägt.

Gefordert wird „den Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie zu befreien“. Ein Staat, der sich auf die innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige

Beziehungen und Finanzverwaltung konzentriert („schlanker Staat für freie Bürger“). Sowie ein freier Wettbewerb und Steuererleichterungen, wie

die Abschaffung von Erbschafts- und Vermögenssteuern. Das sind klassische wirtschaftsnahe Positionen. Gleichzeitig soll der Nationalstaat gestärkt werden. Kompetenzen an die Europäische Union abzugeben wird ebenso abgelehnt, wie die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten in Freihandelsabkommen an Sonderschiedsgerichte.

### **Neoliberal mit einer völkischen Note**

Die National-neoliberalen in der AfD, um den Bundessprecher Jörg Meuthen möchten nach wie vor die sozialen Sicherungssysteme privatisieren. Sie plädieren dafür, die umlagenfinanzierte Alterssicherung abzuschaffen. Lediglich eine steuerfinanzierte Mindestrente knapp über der Existenzsicherung soll es geben. Alles was darüber liegt, soll über die private Alterssicherung finanziert werden, was natürlich einen enormen Gewinn für die Versicherungswirtschaft bedeuten würde. Zusammengefasst wird dies im Papier „Ansätze zur Entschärfung einer tickenden Zeitbombe“. Darin behauptet er einerseits typisch wirtschaftsliberal, dass dem gesetzlichen Rentensystem wegen des demographischen Wandels der Zusammenbruch drohe und deshalb eine kapitalgedeckte Altersvorsorge eingeführt werden müsse.

Andererseits möchte er explizit Deutsche bevorzugen: „Vorgeschlagen wird, ab dem 25. Erwerbsjahr für jedes dritte Erwerbsjahr danach einen Prozentpunkt Zuschlag zu gewähren, um ein produktives Arbeitsleben zu belohnen. Bezugsberechtigt wären deutsche Staatsbürger und Personen, die über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren einen gesellschaftlichen Beitrag, etwa in Form von Steuerzahlungen oder dem Erzeugen bzw. Gebären von Kindern mit anschließender Elternzeit (drei Jahren Anrechenbarkeit pro Kind) geleistet und die Regelaltersgrenze erreicht haben.“ Sein Konzept ist also neoliberal mit einer völkischen Note.

## Anpassung an neue Wähler\*innenschichten

Die Wählerschaft der AfD hat sich jedoch seit der Gründung der Partei verändert. Der AfD ist es in erheblichem Maße gelungen, Wähler\*innen unter den abhängig Beschäftigten zu gewinnen. Das stellt die AfD vor ein Problem: Möchte sie ihre Wahlerfolge halten oder ausbauen, so kann sie dies nur, wenn sie diese Wähler\*innen hält bzw. in diesem Bereich hinzugewinnt. Sie fürchtet daher Schlagzeilen wie „AfD will Rente privatisieren“, welche bei den potenziellen Wähler\*innen nicht gut ankommen könnten.

Deshalb existieren Gegenentwürfe zum Rentenprivatisierungsprogramm. Der bekannteste und wichtigste Entwurf ist die sog. „Produktivitätsrente“ der thüringischen Landtagsfraktion, deren Vorsitzender der Frontmann des neofaschistischen Flügels („Der Flügel“) Björn Höcke ist. Dieses Konzept sieht vor, das Rentenniveau dauerhaft auf 50% anzuheben. In die gesetzliche Rentenkasse sollen auch Beamt\*innen, Selbstständige und Politiker\*innen zahlen. Weiterhin soll es eine zusätzliche steuerfinanzierte Rente für Bezieher\*innen kleiner Renten (weniger als 45 Rentenpunkte, was einer Rente von knapp 1.500€ entspricht) geben, die mindestens 35 Beitragsjahre eingezahlt haben. Angerechnet werden Kindererziehungs- und Pflegezeiten. Diese Zusatzrente sollen allerdings nur Deutsche bekommen. Hinzu kommt eine sog. „Kinderrente“. Sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte sollen zusätzlich drei Beitragspunkte (gemeint ist wohl Beitragsprozentpunkte) in die Rentenkasse einzahlen. Eltern werden von dieser zusätzlichen Zahlung entlastet (pro Kind fällt ein Prozentpunkt weg) und bekommen im Rentenalter pro Kind eine Zusatzrente, monatlich 95€ für das erste, 100€ für das zweite und 125€ für das dritte Kind.

Zwischen diesen beiden Hauptpositionen gibt es verschiedene Konzepte, bei der die eine oder andere Richtung stärker betont wird. Diese werden hier allerdings nicht näher untersucht.

## Antikapitalismus von rechts?

Höckes Konzept steht ganz in der Tradition einer völkischen Sozialpolitik, manchmal auch „Antikapitalismus“ von rechts genannt. Diese Linie greift soziale Missstände auf, in diesem Fall die Altersarmut, um dafür völkische Lösungen zu präsentieren. Es werden zwar Zugeständnisse an abhängig Beschäftigte gemacht, wie in diesem Fall den Erhalt der gesetzlichen Rentenversicherung. Doch über solche Zugeständnisse hinaus werden die gegensätzlichen Interessen zwischen Unternehmen und abhängig Beschäftigten nicht thematisiert. Im Gegenteil, das Ziel ist die Versöhnung der beiden Lager im Sinne einer Volksgemeinschaft. So betonte Höcke schon 2016: „Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.“ So werden linke, soziale oder gewerkschaftliche Themen nach rechts umgedeutet. Mit Kritik an ökonomischen und sozialen Zuständen hat dies nichts zu tun. Schon im historischen deutschen Faschismus der 20er und früher 30er Jahre gab es eine „linken“ Flügel, den sog. „Strasser Flügel“ (nach Gregor und Otto Strasser). Dieser Flügel propagierte einen „nationalen Sozialismus“ und forderte in Anlehnung an das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 Verstaatlichung von Trusts, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, eine Bodenreform und „die Brechung der Zinsknechtschaft“. Letzteres hatte eine antisemitische Stoßrichtung, wurden doch die Juden von den Nationalsozialisten als „Zinswucherer“ verunglimpft. Für die Mobilisierung von Wähler\*innen spielte der „nationale Sozialismus“ eine wichtige Rolle. Der Strasser-Flügel unterlag jedoch im Machtkampf. Hitler verbündete sich mit der Industrie und ließ diese unangetastet. Die Forderungen des „linken“ Flügels wurden nicht erfüllt, als die NSDAP an der Macht war.

## „Fridays gegen Altersarmut“

Auch außerhalb der AfD wird daran gearbeitet, die soziale Frage von rechts zu besetzen. Der neurechte Verleger Götz Kubitschek ist der Begründer des Instituts für Staatspolitik (IfS), eines Think Tanks, in dem strategische Debatten der Rechten geführt werden. 2018 formulierte er im mit dem IfS verbundenen Blog Sezession: „Die soziale Frage ist ein Kronjuwel der Linken, und es könnte ihr durch eine glaubwürdige und entschlossene AfD abgejagt werden.“ Ebenso Benedikt Kaiser, ein Autor aus dem gleichen Umfeld, bereits 2016: „Die Rechte wird die soziale Frage wiederentdecken oder sie verpasst eine historische Chance“. Diese eher theoretischen Überlegungen werden durchaus in die Praxis umgesetzt. Das jüngste Beispiel ist die rechte Facebook-Gruppe „Fridays gegen Altersarmut“. Sie hatte Anfang 2020 immerhin 300.000 Likes bei Facebook und trat im Januar mit bundesweiten Mahnwachen auch in der Öffentlichkeit auf. Zahlreiche Personen aus dem rechten Spektrum beteiligten sich an den Aktionen. Es ging ihnen natürlich nicht um die Bekämpfung von Altersarmut, sondern darum, ihre menschenverachtende Ideologie unter die Leute zu bringen.

## Der reaktionäre und völkische Kern des Rentenkonzepts der AfD

Doch gleich, ob Privatisierung oder Benachteiligung von Menschen ohne deutschen Pass (oder beides): Gemeinsam ist den Rentenkonzepten der AfD, dass sie unsolidarisch sind. Ohnehin eint die beiden Flügel mehr, als auf den ersten Blick ersichtlich. Eine gemeinsame Bande ist eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, die auf mehr (deutsche) Kinder abzielt und mit Sozialpolitik verbunden wird. Dazu heißt es im Grundsatzprogramm: „Deutschland hat die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa. [...] Wenn wir dieser demografischen Fehlentwicklung nicht gegensteuern, werden unsere Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme zusammenbrechen.“ Darüber hinaus ersetzt die Familie in den Augen von vielen Politiker\*innen der AfD die soziale Absicherung. Beim Ex-Bundesvorsitzenden der Jungen Alternative, Markus Frohnmaier, der ebenfalls ein eigenes

Rentenkonzept veröffentlicht hat, klingt das so: „Eine deutlich bessere Absicherung im Alter als jedes Rentensystem [sind] nach wie vor die eigenen Kinder“. Auch das entspricht durchaus dem prägenden Klientel der Partei, den Selbstständigen etc..

Familien bilden für diese traditionell eine Art Solidargemeinschaft, man denke z.B. an die bäuerliche Großfamilie. Rechte aller Art haben dies seit jeher aufgenommen und den Wert der Familie überhöht.

## Ethnisierung der sozialen Frage

Die soziale Frage ist bei der AfD außerdem immer der nationalen Frage untergeordnet. Deutschland soll eine homogene Gesellschaft mit möglichst wenig „störenden“ Migrant\*innen sein. Das verbindende Element der verschiedenen Flügel ist vor allem Rassismus, auch wenn „Der Flügel“ dies besonders drastisch äußert. Dementsprechend werden soziale Probleme von der AfD meistens auf Flucht und Migration zurückgeführt. Damit hat sie nicht nur einen Sündenbock, sondern verschleiert auch die Ursachen dieser Probleme. Dies ist Konsens zwischen den verschiedenen Flügeln. Ökonomie und Sozialpolitik sind ohnehin weder eine Domäne der AfD noch der Rechten überhaupt. Auch diesem Umstand dürfte es geschuldet sein, dass die Partei nach über 6 Jahren immer noch kein eigenes Rentenkonzept vorgelegt hat.

Wie die Auseinandersetzung ausgehen wird, ist zum Zeitpunkt dieses Beitrags unklar. Die Bundesprogrammkommission, die den Leitantrag für den Parteitag vorbereitet, scheint Meuthens Konzept verworfen zu haben. Auch die Radikalisierung der AfD in den letzten Jahren, der Vormarsch des Flügels und die schlechte Vermittelbarkeit einer Rentenprivatisierung sprechen eher gegen Meuthen, aber für einen „sozialen Nationalismus“ à la Höcke. Demokrat\*innen, Linke und Gewerkschaften sollten beide Konzepte strikt zurückweisen und stattdessen für eine solidarische Sozialpolitik für alle Menschen streiten.